



Die Vorsitzende des
Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und
Sicherheit
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3738
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Baldus
E-mail: Johannes.Baldus@wiesbaden.de

Wiesbaden, 21.08.2025

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit
am Dienstag, 26. August 2025, um 17:00 Uhr,

Rathaus, Raum 318 (3. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschriften
2. 25-A-78-0003

Schutz vor sexueller Belästigung am Arbeitsplatz
- Maßnahmen der Stadtverwaltung

Berichterstattung durch die Stabsstelle Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte Stadtverwaltung

3. 25-A-78-0004

Luisa ist hier!

Präsentation der Ergebnisse der beendeten Pilotierungsphase von Luisa/Awareness auf den Wiesbadener Stadtfesten

Berichterstattung durch das Kommunale Frauenreferat

4. 25-F-22-0072

Sicherheitslage in Wiesbadener Freibädern

- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 20.08.2025 -

Laut Berichterstattungen ist es in den vergangenen Wochen in Wiesbadener Freibädern zu Vorfällen gekommen, bei denen junge Badegäste unsittlich berührt oder bedrängt wurden. Diese Ereignisse haben verständlicherweise zu Verunsicherung bei Eltern, Jugendlichen und Badegästen geführt.

Vor diesem Hintergrund ist es dringend geboten, sowohl einen aktuellen Überblick über die Sicherheitslage als auch über die konkrete Umsetzung bereits geplanter Projekte zu erhalten.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. welche Maßnahmen zur Prävention und Intervention im Falle von Übergriffen aktuell bestehen.
2. wie viele dokumentierte Vorfälle von Belästigungen oder Übergriffen es in den Wiesbadener Freibädern in diesem Jahr gegeben hat.
3. wie der aktuelle Stand der Einführung des Projekts „Luisa ist hier“ in den Wiesbadener Freibädern ist.
 - Ist vorgesehen, das Projekt dauerhaft in den Freibädern zu etablieren, und in welcher Form ist eine Evaluation der bisherigen Umsetzung geplant?
 - Welche Akteurinnen und Akteure (z.B. Aufsichtspersonal, Kassenpersonal) werden im Rahmen des Projekts geschult und auf welche Weise werden Badegäste über das Angebot informiert?
 - Welche Erfahrungen liegen aus der bisherigen Umsetzung vor (z.B. Rückmeldungen von Personal oder Badegästen, dokumentierte Vorfälle, Nutzung des Angebots)?

5. 25-F-10-0015

Sicherheit in städtischen Bädern

- Antrag der Fraktion AfD vom 19.08.2025 -

Es häufen sich Berichte von Badegästen über Belästigungen, Bedrohungen und aggressives Verhalten in den städtischen Schwimmbädern. Mehrfach wurde geäußert, dass sich viele Gäste nicht mehr sicher fühlen und dass das Aufsichtspersonal in kritischen Situationen überfordert oder zurückhaltend agiert.

Medienberichte, wie zuletzt über Vorfälle im Kallebad, legen nahe, dass wiederholte Regelverstöße oftmals keine wirksamen Konsequenzen nach sich ziehen und dass der Einsatz von Polizei oder Sicherheitsdiensten nicht flächendeckend gewährleistet werden kann. Eine sachliche und umfassende Aufklärung ist notwendig, um festzustellen, ob die bestehenden Maßnahmen ausreichen, um Sicherheit, Ordnung und das Einhalten der Badeordnung zu gewährleisten. Ziel ist es, Missstände klar zu benennen und gegebenenfalls Verbesserungen einzuleiten, damit sich alle Badegäste wieder sicher fühlen können und das Personal im Rahmen klarer Regeln konsequent handeln kann.

Der Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit möge beschließen, die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen,

der Magistrat wird gebeten, zu berichten

Hausverbote und Platzverweise

1. Wie viele Hausverbote und Platzverweise wurden in den Jahren 2023, 2024 und 2025 in den städtischen Bädern ausgesprochen?
2. Nach welchen Kriterien wird ein Hausverbot erteilt?
3. Wie lange gelten diese Hausverbote im Regelfall?
4. In wie vielen Fällen wurden Hausverbote missachtet und welche Konsequenzen folgten?

Polizeieinsätze

5. Wie oft musste in den Jahren 2023, 2024 und 2025 die Polizei zu Einsätzen in städtischen Bädern gerufen werden?
6. Welche Delikte oder Vorfälle lagen den Polizeieinsätzen zugrunde?

Betriebsanweisungen und Handlungsspielräume

7. Welche schriftlichen Betriebsanweisungen und Vorgaben bestehen für das Aufsichtspersonal bei Regelverstößen, Belästigungen oder Bedrohungen?
8. Welche Handlungsspielräume haben die Mitarbeiter, um Platzverweise oder Hausverbote auszusprechen?

Personalsituation und Sicherheitsdienste

9. Wie viele Mitarbeiter sind durchschnittlich pro Schicht in den einzelnen Freibädern im Einsatz?
10. In welchem Umfang und an welchen Tagen werden externe Sicherheitsdienste eingesetzt?
11. Welche Kosten sind für externe Sicherheitsdienste in den letzten drei Jahren entstanden?

Schulungen und Prävention

12. Welche Deeskalations- oder Sicherheitsschulungen werden dem Personal angeboten und wie oft werden diese durchgeführt?
13. Gibt es spezielle Schulungen im Umgang mit aggressivem Verhalten, insbesondere gegenüber weiblichen Mitarbeiterinnen?

6. 25-F-15-0032

Ausbau von Schutzräumen - Einbindung der Landeshauptstadt Wiesbaden

- Antrag der Fraktion FWG/Pro Auto vom 19.08.2025 -

Nach einem Bericht des MDR vom 06. Juni 2025 hat das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) angekündigt, den Ausbau von Schutzräumen bundesweit zu forcieren. Geplant ist unter anderem, Tiefgaragen und Kellerräume öffentlicher Gebäude als Schutzräume zu ertüchtigen. Ein entsprechendes Schutzraumkonzept des Bundes soll im Sommer 2025 vorgelegt werden.

Vor diesem Hintergrund bitten wir um kurzfristige Beantwortung der nachfolgenden Fragen.

Der Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit möge beschließen:

Der Magistrat möge berichten:

1. ob es in der Landeshauptstadt Wiesbaden ein eigenes Schutzraumkonzept gibt bzw. derzeit in Erarbeitung ist,
2. ob und in welcher Form sich Wiesbaden in das angekündigte Schutzraumkonzept des Bundes einbringen wird,
3. welche städtischen Liegenschaften derzeit über Schutzräume verfügen oder sich kurzfristig als solche ertüchtigen lassen (bitte Aufstellung),
4. ob der Stadtverwaltung Anfragen oder Anträge zur Umrüstung privater Keller oder Gebäudeteile zu Schutzräumen vorliegen,
5. wie solche privaten Initiativen bewertet werden und ob bzw. wie sie in ein gesamtstädtisches bzw. übergeordnetes Schutzraumkonzept eingebunden werden können,
6. ob derzeit Fördermittel aus Bundes-, Landes- oder kommunalen Programmen für die Errichtung bzw. Ertüchtigung von Schutzräumen zur Verfügung stehen oder beantragt wurden.

7. 25-F-22-0073

Überprüfung der aktuellen Entscheidung zur Alkoholverbotszone am Platz der Deutschen Einheit

- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 20.08.2025 -

Die Entscheidung des Rechtsamtes, die Allgemeinverfügung (§ 35 Satz 2 VwVfG) zur Anordnung der Alkoholverbotszone am Platz der Deutschen Einheit nicht erneut zu erlassen, gefährdet die öffentliche Sicherheit am Platz der Deutschen Einheit.

Die Alkoholverbotszone wurde im Jahr 2008 eingeführt, um der zunehmenden Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung durch stark alkoholisierte Personen entgegenzuwirken. Das Alkoholverbot hat nachweislich dazu beigetragen, die gravierenden Probleme durch aggressive, betrunkene Personen, die zu Lärm, Vermüllung und gewalttätigen Auseinandersetzungen führten, signifikant einzudämmen. Seit Einführung des Verbots konnten Polizei, Ordnungsamt und soziale Einrichtungen, wie die Elly-Heuss-Schule und die Diakonie-Teestube eine deutliche Verbesserung der Situation beobachten. Das abrupt ausgelaufene Verbot ignoriert die Realität vor Ort und die berechtigten Sorgen von Anwohnern, Polizei und sozialen Einrichtungen. Statt

die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten, setzt der Magistrat durch seine Fehleinschätzung und Untätigkeit die Stadt dem Risiko einer Rückkehr zu den Zuständen vor Einführung des Alkoholverbots aus.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu berichten, auf welcher Grundlage das Rechtsamt seine Entscheidung getroffen hat und transparent offenzulegen, welche Tatsachen sich im Hinblick auf die erlassene Allgemeinverfügung aus dem Vorjahr zur Alkoholverbotzone verändert haben.
2. zu berichten, wie zukünftig mit präventiv wirkenden Maßnahmen umgegangen wird.
3. zu berichten, warum die Warnungen und Empfehlungen von Polizei, Ordnungsbehörden, Anwohnern und sozialen Einrichtungen bei der Entscheidung nicht ausreichend berücksichtigt wurden.
4. bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses zu prüfen, wie eine Schutzzone um Schulen und Kindertagesstätten in Wiesbaden in einem noch festzulegenden Radius eingerichtet und rechtlich umgesetzt werden kann, wobei Ausnahmen für genehmigte Veranstaltungen ausdrücklich berücksichtigt werden sollen.

8. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 25-V-02-0010

Troncmittel für den Bereich Frauen 2025

2. 24-F-02-0011

DL 16/25-1

Waffenverbotszone

- Antrag der CDU-Fraktion vom 03.07.2024 -

3. 25-F-15-0018

Elterntaxis an Schulen

- Antrag der Fraktion FWG/Pro Auto vom 28.04.2025 -

Hinweis:

Der Bericht von Dezernat V vom 19.07.2025 steht im PiWI zur Verfügung.

4. 25-F-22-0008

Digitale Gewalt gegen Frauen

Hinweis:

Der Bericht von Dezernat II vom 30.06.2025 steht im PiWI zur Verfügung.

5. 25-F-22-0033

Frauenanteil in politischen Gremien

- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 12.03.2025 -

Hinweis:

Der Bericht von Dezernat I vom 30.05.2025 steht im PiWI zur Verfügung.

6. 25-F-22-0040

Antrag zum Bericht zum Frauenförder- und Gleichstellungsplan der Dienststelle Stadtverwaltung für die Jahre 2020 bis 2022

- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 17.03.2025 -

Hinweis:

Der Bericht von Dezernat I vom 21.05.2025 steht im PiWI zur Verfügung.

7. 25-F-63-0005

Teilnahme an „Luisa ist hier!“ ausbauen

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 21.01.2025 -

Hinweis:

Der Bericht von Dezernat II vom 15.05.2025 steht im PiWI zur Verfügung.

8. 25-F-63-0011

DL 15/25-2

Queeres Leben Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 05.02.2025 -
- Aktualisierter Antragstext der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 27.03.2025 -

9. 25-I-30-0001

Situation der Frauenhäuser in Wiesbaden

- Antrag der DAL-Liste -

Hinweis:

Der Bericht von Dezernat VI vom 25.06.2025 steht im PiWI zur Verfügung.

Seite 7 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit am 26. August 2025

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Coigné
Vorsitzende